



Zu wenig Steckdosen: Politiker fordern ein Recht auf Strom für Elektroautos

Seite 25

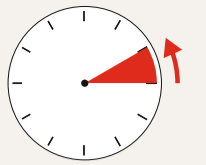


Tennisprofi wird Autorin: Ein Interview



Sie ging mit 16 ins Ausland und riskierte viel: Ramona Bachmann, Star im Schweizer Nationalteam

Seite 40



Ab heute gilt die Winterzeit. Die Uhren sind in der Nacht von 3.00 Uhr auf 2.00 Uhr zurückgestellt worden.

NZZ am Sonntag

25. Oktober 2020 | Nr. 43 | NZZa.ch | Fr. 6.50 | € 6.50

Widmer-Schlumpf: «Bundesrat hätte wohl schneller eingreifen müssen»

Die Alt-Bundesrätin kritisiert, die Politik habe zu lange mit Massnahmen gezögert. Und sie warnt vor der Isolation der Alten im Corona-Winter.

René Donzé

Am Mittwoch wird der Bundesrat voraussichtlich harte Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie verkünden, die landesweit gelten sollen: Maskenpflicht fast überall, nur noch kleine Versammlungen, Sperrstunden. Auch zusätzliche Verschärfungen sind möglich.

Für Eveline Widmer-Schlumpf kommen diese Massnahmen zu spät. Die ehemalige BDP-Bundesrätin kritisiert im Interview, dass die Politik zu wenig entschieden gegen die zweite Welle angekämpft habe. Einige Kantone hätten zu lange gezögert, sagt sie. Und: «Der Bundesrat hätte wohl schneller eingreifen und Massnahmen verordnen sollen.» Sie erwähnt etwa eine generelle Maskenpflicht oder Eingriffe dort, wo sich das Virus leicht verbreite, etwa im Nachtleben. «Möglicherweise hätte dann ein Teil dessen abgefangen werden können, was jetzt passiert.»

Als Präsidentin von Pro Senectute Schweiz warnt sie davor, die Alten nun wieder zu isolieren:

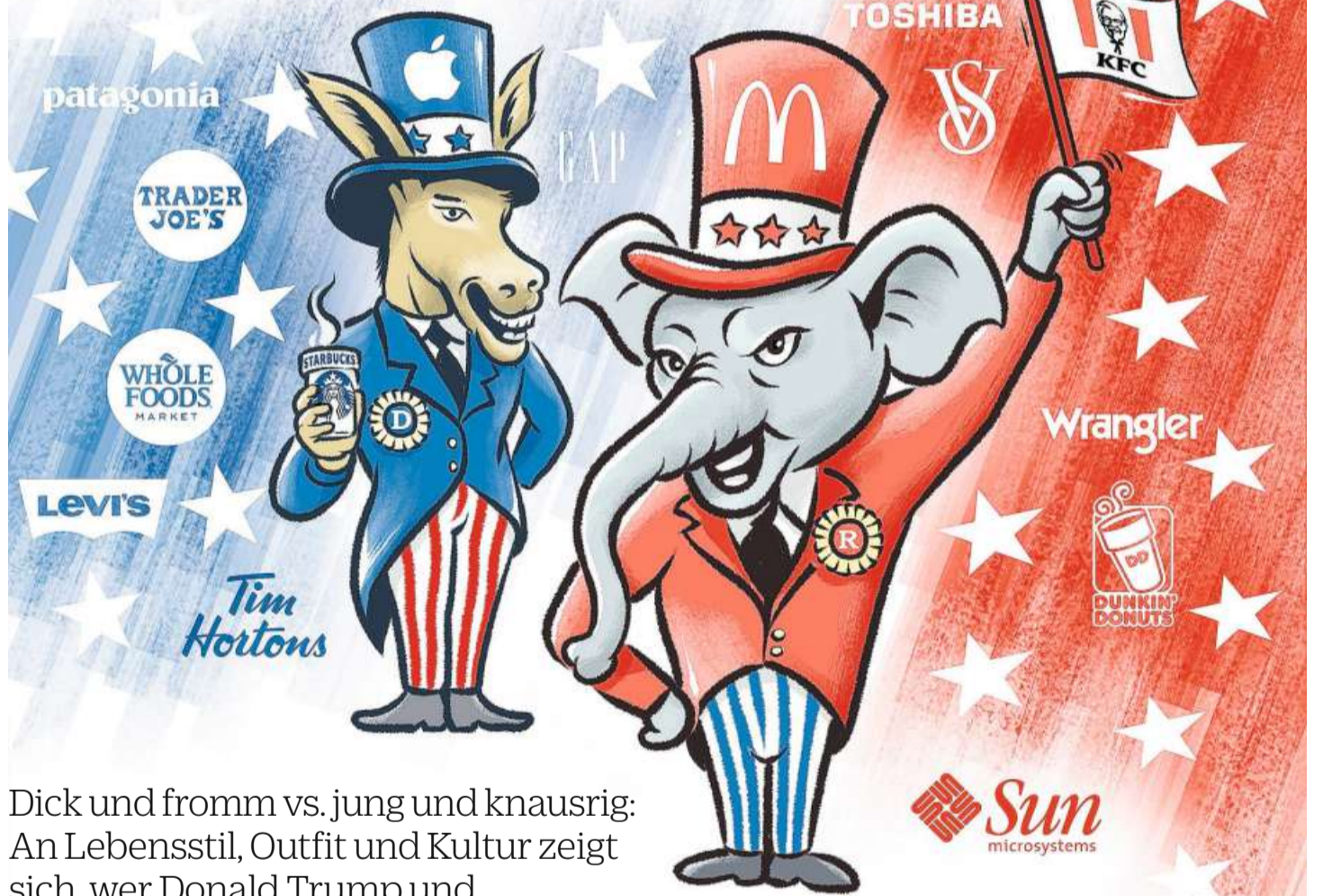
«Man wird sich viel mehr ins Private zurückziehen. Das wird schwierig für jene, die allein sind.» Darum brauche es nun eine grosse Solidarität. Auf keinen Fall dürfe es pauschale Besuchsverbote in Heimen geben. Viele Betagte seien lieber mit Angehörigen zusammen und gingen dafür gewisse Risiken ein, als dass sie zwar geschützt, aber isoliert seien.

Widmer-Schlumpf wehrt sich auch dagegen, dass über 65-Jährige automatisch zur Risikogruppe gezählt werden. Viele Pensionierte leisteten wertvolle Dienste, wie Besuche bei Betagten oder Kinder hüten. «Zieht man die Grenze bei 65, werden jene faktisch aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen, die jetzt besonders gefragt sind: die aktiven, fitten Seniorinnen und Senioren.» Das sei unglücklich und willkürlich.

Mehr zum Thema

- Kakofonie in der Krise. Seite 2
- Schnelltests kommen. Seite 4
- Wie die zweite Welle Europa überrollt. Seite 5
- Das Virus flösst uns keinen Respekt mehr ein. Seite 15
- Vorbild Schweden. Seite 27
- Was die Patienten im Spital erwartet. Seite 49

Was Amerikaner wirklich entzweit



Dick und fromm vs. jung und knausrig: An Lebensstil, Outfit und Kultur zeigt sich, wer Donald Trump und wer Joe Biden wählen wird.

NZZ am Sonntag Magazin

ILLUSTRATION: BRUNO MUFF

Experte des Bundes soll zu chinafreundlich sein

Eine Gruppe von Professoren und Lehrbeauftragten äussert harsche Kritik am Staatssekretariat für Migration (SEM). In einem Bericht von dessen Abteilung für Sprach- und Herkunftsanalysen töne eine Reihe von Aussagen «wie die offizielle chinesische Staatspropaganda», sagt die Berner Universitätsprofessorin Karénina Kollmar-Paulenz. Sie ist Mitglied der Gruppe von Tibetologen aus mehreren Ländern.

Konkret geht es um eine als vertraulich klassifizierte Analyse zu einem tibetischen Asylsuchenden, die ein Experte der Abtei-

lung des SEM gemacht hatte und die über ein Leck an Dritte gelangte. «Es ist offensichtlich, dass der Experte des Staatssekretariats für Migration sehr chinafreundlich ist», sagt Kollmar-Paulenz weiter. Überdies kritisiert die Gruppe die mangelnde Kompetenz des Experten und die schlechte Qualität seiner Analyse. Der Fall lege nahe, dass das Staatssekretariat im Bereich seiner Lingua-Analysen kein oder ein nur ungenügendes Qualitätsmanagement betreibe. (luh.)

Seite 11



Meist sind es die schlechten Gefühle, die dafür sorgen, dass wir in die Gänge kommen, die nötigen Änderungen in Angriff nehmen.

Claudia Schumacher erklärt, warum Traurigkeit, Wut und Angst besser sind als ihr Ruf. Magazin

Wie Frauen in der Spitzenmedizin diskriminiert werden

In Unispitälern werden Ärztinnen und Studentinnen benachteiligt und belästigt. Einige verlieren ihre Stellen. Anja Burri, Franziska Pfister

Ab Ende 30 verlassen die Ärztinnen reihenweise die Unispitälern, allerdings längst nicht alle freiwillig. Oft sind sie zermürbt, weil sie diskriminiert werden. Die «NZZ am Sonntag» hat mit über einem Dutzend Betroffenen gesprochen: Ihnen wurden ohne sachliche Gründe Weiterbildungen, Forschungszeit

oder längst fällige Beförderungen verweigert. Frauen, die schwanger wurden, mussten sich rechtfertigen und verloren ihre Stellen. Selbst Ärztinnen in leitenden Positionen bestätigen solche Abläufe.

Das Problem beginnt bereits in der Ausbildung, wie eine Umfrage des Lausanner Universitätsspitals zeigt. Ein Drittel der befragten Studentinnen und Assistenzärztinnen hat demnach sexuelle Belästigung erlebt. 18 Fälle hat das Spital in den letzten zwei Jahren aufgearbeitet, in die meisten Klinikkreditoren oder andere

Kaderärzte verwickelt sind. Ein extremer Hierarchiegläubigkeit führe dazu, dass einzelne Männer meinten, unantastbar zu sein, sagt Personalchef Antonio Racciatto. «Manchmal ist es wichtig, dass ich mit voller Autorität auftrete. Leider ist das die Sprache, die solche Männer verstehen», sagt er. Es komme vor, dass er Männer wegen solchen Verhaltens entlassen müsse. Die Unispitälern distanzieren sich von jeglichem Verhalten, das sich nachteilig für Frauen auswirke.

Seite 18

